

# Der Textil-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin D 27, Magasinstr. 6/7 II  
Fernsprecher: Königsplatz 1006, 1076 und 1262. — Die Zeitung  
erscheint jeden Freitag  
Telegrammadresse: Textilpraxis Berlin

**Vereinzelt seid Ihr nichts — Vereinigt alles!**

Anzeigen die sechsgepaltene Kleinzeile 160 Mark  
Anzeigen- und Verbandsgebühren sind an Otto Behms, Berlin D 27  
Magasinstraße 6/7 II (Postfachkonto 5386), zu richten. — Bezug  
nur durch die Post. — Preis viertel jährlich 75 Mark

**Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes**

**Inhalt:** Nochmals zur Beachtung! — Zum neuen Jahre. — Verweigerung der Mittel zur Existenz des Reiches durch den Besitz — Großzügig in der Hergabe von Geldmitteln zur Unterstützung von Organisationen zur Bekämpfung der Republik. — Der Weltfriedenskongress im Haag. — Das kommende Stillelegungs-gesetz. — Das Existenzminimum in der ersten Dezemberhälfte 1922. — Wie ein Kommunist den Achtstundentag auffasste. — Aus den Gewerkschaften. — Aus der Textilindustrie. — Soziale Rundschau. — Wirtschaftliches. — Hoffnung (Gedicht). — Berichte aus Fachkreisen. — Das neue Jahr (Gedicht). — Briefkasten. — Warnung! — Bekanntmachungen. — Unterhaltungsteil: Beim Häusler-Peter. — Das Letzte.

sequenz zu ziehen. Mit dem Ruf: „Nur der freie Handel rettet uns“ glauben Industrie und Landwirtschaft eine Zauberformel für alle Nöte des Wirtschaftslebens gefunden zu haben. Was kümmert sich die Landwirtschaft darum, daß die Milchpreise so gesteigert sind, daß die Mutter nicht mehr in der Lage ist, Milch für den Säugling zu kaufen. Der Profit regiert und Milch- und Brotpreise richten sich nach dem Dollarstand — nur nicht die Löhne, Gehälter, Renten. Ein Verantwortungsgesühl der Allgemeinheit gegenüber kennt man nicht mehr. Soll das im neuen Jahre so weitergehen? Muß es so weitergehen?

Keineswegs! Warum leiden denn die Armen so? Weil die Reichen sich von dem Mittragen an den Lasten, welche uns durch den Verlust des Krieges auferlegt wurden, in der unverschämtesten Weise drücken. Gewiß tragen auch sie schwere Steuerlasten, doch nicht lange, fast stets nur vorübergehend, denn sie wälzen sie wieder auf die ab, welche ihnen beim Kauf von Waren jederart tributpflichtig werden; trotz scheinbar schwerer Steuerlasten werden viele von ihnen nur reicher. Die Armen dagegen werden immer ärmer, weil ihnen jede ersparte Mark durch die Geldentwertung wie Schnee in der Hand zusammenzschmilzt. Sie konnten sich auf Dollarspekulationen nicht einlassen, ihre geringen Markbestände nicht in hochvalutarische Banknoten umwechseln und für die Ausgabe des Geldes dann einen günstigen Zeitpunkt abwarten. Sie konnten, bei ihrem stets gering gebliebenen Barbestande, auch bei ihren Einkäufen nicht ihnen günstige Preisstände ausnutzen und blieben auch darin den Begüterten unterlegen. Kurz, sie haben die Kriegssorgen in jeder Form in ihrer ganzen Schwere zu tragen, wie sie die direkten Kriegseiden auch schon in der Kriegszeit selbst fast allein ertrugen. **Sie waren und sind fast allein die Leidenden.**

Das braucht doch aber nicht so zu bleiben. Man kann doch die Begüterten zu den Kriegsschuldenlasten in höherem Maße als bisher heranziehen und die Armen mehr entlasten.

Freilich, freiwillig werden das die Kreise nicht tun, die heute den anderen gegenüber im Vorteil sind. Und die heutige Reichsregierung wird ihnen gegenüber auch nicht so aufstreten, daß man darauf seine Hoffnung setzen könnte. Die Volksvertretung, der Reichstag ist in seiner Mehrheit nicht so zusammengekehrt — durch die Schuld der Arbeiterwähler und -wählerinnen —, daß man von ihm etwas für die Armen erhoffen könnte. Bleibt nur die organisierte Arbeiter- und Angestelltenchaft selbst. Sie kann die Regierung zwingen, dem Reichstag Gesetzentwürfe vorzulegen, die geeignet sind, die unteren Schichten materiell zu heben; sie kann den Reichstag zwingen, solche Gesetze anzunehmen. Und sie kann noch mehr — wenn sie einig ist über das, was zu tun und wie es zu tun ist.

Unsere Hoffnung muß sich also auf uns selbst richten, wenn sie keine eitle, vergebliche bleiben soll. Und unsere Hoffnung kann nur durch uns selbst erfüllt werden.

Das ist nicht sehr ermutigend, wird man sagen. Warum nicht? fragen wir. Haben wir nicht mehr Aussicht auf Erfüllung unserer Wünsche, wenn wir glauben können, wir selber könnten sie erfüllen, als wenn wir uns dabei auf andere verlassen müßten? Wir sind berechtigt zu hoffen, wenn wir gewillt sind zu handeln.

**Hoffen und Handeln macht manchen zum Narren; Doch Hoffen und Handeln die Dinge kann wandeln.**

Hoffen wir deshalb, daß wir alle, gleichviel welcher politischen Partei wir angehören, im neuen Jahre einig werden über Ziel und Mittel unseres Handelns, und hoffen wir, daß dieses unser Handeln von solchem Erfolge sein wird, daß wir am künftigen Jahreschluß mit Recht werden sagen können:

vom Kriege zu hören. Aber sie hatte noch nie jemanden getroffen, der selbst mit dabei gewesen war. Zu schade, daß sie ihn nicht ausfragen durfte. Sie konnte weder Rede noch Antwort stehen. Sie wußte, wie sie nur den Mund aufmachte, würde sie sich verpflichten und etwas vom Kriege sagen, und dann würde sie der Häusler-Peter vielleicht totschlagen. Und als sie eine Weile dagehessen und ihn angequatscht hatte, da kam es ihr vor, daß er so unheimlich aussah. Es war ihr etwas so Unbegreifliches, dies, daß man mit ihm nicht vom Kriege sprechen durfte, da steckte sicherlich etwas Gruseliges dahinter, das sie nicht verstand. Je länger sie dasah, desto größere Angst kriegte sie. Sie fühlte es, dieser Alte war gefährlich, sie wollte ihn gar nie mehr sehen. Sie wollte nur auf und davonlaufen. Als die Häusler-Kathrin endlich fertig war und sie Abschied nehmen und aus der Hütte hinausgehen konnten, da war das kleine Mädchen ganz außer sich vor Angst vor dem Häusler-Peter.

Aber wäre der Alte so gewesen, wie es sich für einen alten Soldaten gehört, hätte er gesagt, der Krieg sei doch das Beste auf der Welt, und sich gerührt, daß er in Blutströmen gewatet war und Hunderte von Menschen totgeschlagen hätte, dann hätte sie kein bißchen Angst vor ihm gehabt. Deutsch von Marie Franzos.

## Das Letzte.

Von Anna Haag.

Eine Woche lang war ich nicht aus dem Hause gegangen, denn aus meinen Augen lief das Wasser und meine Nase quieschte in nie dagewesenen Lauten. Mein Kopf aber surrte und mit dem Munde schnappte ich nach Luft, wenn die Nase ihren Dienst verlagte. Unergründlich über diese Zustände beschah ich mir die Welt am achten Tage meines Hausarrestes durch mein Stubenfenster, das mir einen Blick auf die Straße gönnte. Leute zogen vorüber mit hochbepackten Körben und Paketen von abenteuerlicher Form. Manche hatten Säcke und Risten auf Karren geladen und leuchteten unter der Last. War denn Markt heute? —

Da kam die Frau Postmeister des Weges. Auch sie schleppte schwer. Auf ihrem Gesicht lag jedoch ein sichtlich strahlender Freude. Meinen Gruß beantwortete sie über die Straße: „Ich habe mich schnell noch mit Erbsen eingedeckt, und mein Mann kauft Schmirseife —“ Ich hatte begriffen. Meiner Kaffeete entnahm ich den Notspennig meines Alters, das Vorgesorgte für frante Tage — das mühsam ersparte vieler Jahre. Ich eilte damit in die Stadt.

**Neue Zeit auf ihren Schwingen,  
Neue Tat und neue Handlung  
Brachten durch der Volkshaft Ringen  
Doch zum Bessern manche Wandlung.**

**Frisch ans Werk, mit neuer Kraft im neuen Jahr!**

Und laßt uns mit dem Dichter Lessen fingen:

Neue Zeit hat aufgeschlossen  
Ihre Tore hoch und weit.  
Wintersturm und Eischneeschloffen  
Wirbeln um uns kampfbereit.  
Hartes haben wir ertragen:  
Hunger, Mühe, Sorge, Qual . . .  
Endlich einmal muß doch tagen  
Uns ein Frühlingssonnenstrahl!

Unsre Kraft ist nicht ermattet,  
Lastet noch so schwer die Not!  
Wenn auch tief das Dunkel schattet,  
Eimal kommt das Morgenrot!  
Allen Müden und Gebeugten  
Winket fern ein flammend Ziel,  
Und der Zukunft Fackeln leuchten  
Hell aus Alltagskampfgewühl!

Wenn sie uns auch wild bedräuen:  
Hoch das Haupt! Wir halten stand!  
Jung erblühen und erneuen  
Soll sich unser Heimatland!  
Nicht umsonst ist, was wir litten, —  
Nicht umsonst die bitter Pein:  
Mutig haben wir gestritten,  
Kampf wird auch die Zukunft sein!

Aus den Trümmern und Ruinen  
Bauen wir die neue Zeit:  
Unser Wirken, unser Dienen  
Höchste em Ziel bleibt es gemeint!  
Allem Niedrigen und Bösen  
Galt und gift der heil'ge Krieg!  
Ja, wir woll'n die Welt erlösen,  
Und mit uns muß sein der Sieg!

Schwestern, Brüder, nicht verzagen!  
Vorwärts durch die harte Not!  
Laßt uns Licht ins Dunkel tragen,  
Daß es leuchtend flammt und loht!  
Was wir wollen: Tod der Lüge!  
Heilig sei, was rein und wahr!  
Hoch du alles Banner, fliege  
Vor uns auch im neuen Jahr!

## Verweigerung der Mittel zur Existenz des Reiches durch den Besitz — Großzügig in der Hergabe von Geldmitteln zur Unterstützung von Organisationen zur Bekämpfung der Republik.

Das Kapital hat es immer verstanden, sich zu drücken, wenn Leistungen gegenüber Staat und Gesellschaft zu erfüllen waren. Es hatte die Macht, die Gesetzgebung so zu gestalten, daß der Besitz immer in der schonendsten Weise behandelt wurde, während die arbeitende Klasse mit aller Schärfe zu den Leistungen für Staat und Reich herangezogen wurde. Vor allem war's die Steuer-gesetz-

Ein Trupp Frauen kam des Weges. Bekannte und weniger Bekannte. Alle schleppten. Ihre Reden waren sehr laut und lebhaft, weil sie ihren Worten mit den Händen keinen Nachdruck verleihen konnten. Ich trat unter sie.

„Mit Schmalz hätte man sich besser versehen sollen.“  
„Ich habe Seidenreste —“  
„Ich habe Mattaroni und eine Bettvorlage —“  
„Wir haben Möbel gekauft für unsere Kleine. Sie ist doch immerhin schon neun Jahre alt —“  
„Wir Vorhänge und Stiefel —“  
„Man kann ja später überhaupt nichts mehr kaufen —“  
„Nein, man kann nichts mehr kaufen.“  
„Ich habe aber noch gar nichts gekauft,“ sagte ich schüchtern.  
„Dann haben Sie Zeit, meine Liebe.“ Damit ließen sie mich stehen.  
Ein Fieber begann mich zu ergreifen. Ich trat in den nächsten besten Laden. Da stand Frau Maier und blickte freudestrahlend auf die Waage. „Denken Sie, da bekomme ich eben noch zwanzig Pfund Zucker. — Es ist der letzte,“ setzte sie leise hinzu.

Man sage mir nie wieder, zwanzig Pfund Zucker seien ein für allemal zwanzig Pfund Zucker. Nein: die letzten zwanzig Pfund Zucker bedeuten, in die süßen Wonnegefühle, die sie auslösen, umgerechnet, zweihundert Pfund Zucker. Allermindestens. Frau Maier glänzte trunken. Ich fragte nach Reis, Grieß, nach Kakao, nach Zichorie. — Nichts! —

Ich lief von einem Geschäft in das andere. Da und dort ließ man schon die Rolläden herunter. Ausverkauft! Und ich hatte noch nichts. Schon entlagte ich jeder Hoffnung, da gab man mir in einem Geschäft noch fünf Schachteln Schuhcreme und zwei mit Bodenwisch. Einen Augenblick wurde mir leichter.

Kurz entschlossen trat ich schließlich in ein Möbelgeschäft.  
„Nicht mehr da, liebe Frau,“ sagte der Besitzer, ehe er mein Anliegen gehört hatte.  
„Aber — haben Sie noch Sä r g e?“  
„Sie spaßen —“  
„Senden Sie mir zwei Sä r g e! Hier ist das Geld!“  
Befriedigt trat ich meinen Heimweg an. Jeden Bekannten, der mir begegnete, redete ich an: „Haben Sie schon Ihren Sarg bestellt?“  
„Nein. Wie kommen Sie —“  
„Noch nicht? — Aber um Gotteswillen, dann ist es höchste Zeit! Ein Sarg kostet binnen kurzem zehntausend Mark! Sie werden sich diesen Luxus nie mehr leisten können!“

## Beim Häusler-Peter.

Von Selma Lagerlöf.

An einem schönen Herbstabend kam die Häusler-Kathrin, die Kindernädchen in Marbada bei Leutnant Lagerlöf war, durch den Wald spaziert, mit einem Mädchen an der Hand. Die Häusler-Kathrin war in einer Hütte geboren, die gerade über dem Gutshof lag, hoch oben am Waldesaum. Jetzt ging sie in ihr Elternhaus mit einem Auftrag ihres Dienstgebers; und eines seiner kleinen Töchterchen hatte sie auf die Wanderung mitgenommen. — Sie aßen unterwegs Preiselbeeren, sie bestaunten die prächtigen Fledermausschwärme, und sie pflückten sich die Schürzen voll schönes Moos, das wollten sie mit nach Hause nehmen, um eine besonders hübsche Einlage für das Doppelfenster im Kinderzimmer zu haben. Sie eilten keineswegs. Die Häusler-Kathrin freute sich, wieder einmal im Walde zu sein, wo sie mit jedem Stein und Grashügelchen bekannt war. Als sie endlich zu dem Zaun gelangt waren, der rings um den abgehholzten Platz lief, auf dem die Hütte stand, und eben über den Zauntritt wollten, da sagte die Häusler-Kathrin: „Aber merk' dir, Selma, das geht nicht, daß du vom Krieg redest, wenn der Vater es hört.“ Das kleine Mädchen war höchst erstaunt. Sie wußte, daß der Vater der Häusler-Kathrin Soldat gewesen war und daß er einen wirklichen Krieg mitgemacht hatte. Aber daß es nicht anging, mit ihm darüber zu sprechen, das hätte sie sich nie denken können. „Warum darf ich denn nicht mit ihm vom Krieg sprechen?“ fragte sie die Häusler-Kathrin. „Das darf man nie mit denen, die im wirklichen Krieg gewesen sind,“ erklärte das Kindernädchen. Die Kleine staunte immer mehr und mehr. Sie dachte an Frithjof und Hjalmar, an Hektor und an Odin und Tor, und an alle die kriegsberühmten Helden, von denen sie in ihren Sagenbüchern gelesen hatte, und in ihrem Kopfe ging es wie ein Mühlrad herum.

Nun kamen sie in die Hütte, und da saß der Vater der Häusler-Kathrin. Er war ein Mann vom alten Schlag, das konnte sie daran sehen, daß er Beinleider hatte, die nicht weiter gingen als bis zu den Knien, und keine Stiefel trug, sondern Halbschuhe. Er war in einen schmutzigen Schafspelz gekleidet und hatte ein großes grobes Gesicht, aber er sah eigentlich nicht merkwürdiger aus als andere alte Bauern. Aber solange sie in der Hütte waren, konnte das kleine Mädchen nicht anders, sie mußte immerzu den Alten anstarren, der nicht wollte, daß man vom Kriege sprach, so daß er es hörte. Selbst konnte sie nichts Schöneres, als vom Kriege zu lesen oder Geschichten

gebung, die nur darauf eingestellt war, die breiten Massen zu befreien, den Besitz aber zu schonen. War das frühere Steuerrecht besonders drückend für die arbeitende Klasse, so ergibt sich aber, daß das Steuerrecht der Republik noch viel schlimmer ist als wie jenes im kaiserlichen Deutschland. Das Steuerrecht zeigt sich schon dadurch, daß man den Arbeitern und Angestellten bei der Lohnzahlung sofort den Steuerbetrag in Abzug bringt. Dieser Steuerbetrag wird aber nicht sofort den Finanzämtern übergeben, sondern derselbe bleibt noch monatelang in den Händen der Unternehmer, die hierdurch besondere Gewinne machen können, und zwar einmal schon durch die fortgesetzte Entwertung der Mark, andernteils aber auch dadurch, daß sie diese Gelder in ihren Betrieben weiter mitarbeiten lassen. Aber dieses allein ist nicht das Schlimmste an diesem Steuerhandgeß. Das Schlimmste ist, daß die Unternehmer und der Besitz erst nach Jahr und Tag ihre Steuern zu entrichten brauchen. Der Besitz hat hierdurch einen großen Vorteil. Aus diesem heraus ist es zu verstehen, daß 72 Proz. aller Steuern durch den Lohnabzug aufgebracht wurden und nur ein kleiner Teil durch den Besitz selbst. Die Folge davon ist, daß die Verbrauchssteuern immer weiter erhöht werden, wodurch wiederum die breiten Massen des Volkes in viel stärkerer Weise zu den Steuerleistungen herangezogen werden als wie diejenigen, die in der Lage wären, zahlen zu können.

Neulich hat die bürgerliche Mehrheit des Deutschen Reichstages dieses Steuerrecht noch bedeutend verschärft, indem sie die Regierungsvorlage verworfen und Beschlüsse herbeiführte, wodurch der Besitz in noch größerer Maße geschont wird, als wie dies bisher schon der Fall gewesen ist.

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes haben dem Reichskanzler Cuno am 23. Dezember d. J. eine Denkschrift zur Einkommen-

im Jahre 1920 20 Proz., im Jahre 1921 33 1/2 Proz., in diesem Oktober aber schon 72 Proz. betragen hat. Sie betrachten es als eine Verhöhnung ihrer ehrlich erfüllten Steuerpflicht, sie fühlen sich nach den Worten des Abg. Hefferich als „die dummen Kerle“, daß ihre Steuerleistungen, die im Ueberweisungsverfahren an die Finanzämter abgeliefert werden, monatlich in den Händen der Unternehmer liegen bleiben und dort sich in privat-egoistischen Vorteil umfassen.

So muß der Gedanke der Quellenbesteuerung dessen Entwicklung zu fördern auch die Reichsregierung feierlich zugesichert hat, völlig zerschlagen werden. Mitte September erklärte die Leitung des Deutschen Gewerkschaftsbundes, daß die Ungerechtigkeiten des Lohnabzuges auf die Dauer den Gedanken des Steuerabzuges überhaupt nicht mehr vertreten lassen. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine freie Angestelltenbund müssen heute dazu sagen, daß weite Kreise ihrer Mitglieder jetzt Gegner der Lohnsteuer geworden sind, und daß es ihnen aus das äußerste ersehnt wird, diesen Strömungen wirksam zu begegnen, wenn keine Aenderung der Gesetzgebung eintritt.

Die Beschlüsse der bürgerlichen Mehrheit des Reichstages zeigen schon zur Genüge, wie es seine Pflichterfüllung gegenüber Staat und Reich aussieht.

Genau so wie sich der Besitz zu der Steuerleistung stellt, genau so stellt er sich zur

**Reparationsfrage.**

Es unterliegt keinem Zweifel, daß das Unternehmertum in der Reparationsfrage dieses hätte leisten können. Hätte das Unternehmertum bisher nicht jede Verständigungsmöglichkeit ausgeschlagen, die geeignet gewesen wäre, höhere Reparationsverpflichtungen zu erfüllen, dann wären wir vielleicht längst schon zu einer Regelung in dieser Streitfrage gekommen. Aber gerade deshalb, weil diejenigen, die in der Lage gewesen wären, größere Zahlungen zu leisten, sich mit allen Mitteln dagegen wehrten, sind wir in einen Zustand hineingeschliddert, der für das Bestehen des Reiches geradezu verhängnisvoll ist. Wir gehören nicht zu denjenigen, die die Auffassung haben, daß Deutschland die Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage von Versailles erfüllen könnte. Dieses schließt aber nicht aus, daß wir weit größere Opfer bringen könnten. Diese Opfer können selbstverständlich nur dann gebracht werden, wenn der Besitz in gehöriger Weise hierzu herangezogen wird. Der Besitz hat aber heute im Reich die Macht, und weil er die Macht hat, hat er es fertiggebracht, jedes vernünftige Angebot, das zu einer Einigung hätte führen können, zu hintertreiben. Am 2. Januar soll Deutschland mit einem neuen Angebot zur Lösung der Reparationsfrage aufwarten. Wir sind neugierig, was für ein Vorschlag dabei herauskommt. Wenn sich hier wieder die Regierung allzu stark von dem Besitz einschüchtern läßt und einen Vorschlag macht, der ohne besondere Prüfung verworfen wird, dann kann es so kommen, daß Deutschland viel größere Opfer auf sich nehmen muß, als wenn wir uns freiwillig dazu verstanden, ein vernünftiges Angebot zu machen.

Die Reparationsfrage zeigt ebenso deutlich wie die bürgerliche Steuerpolitik, daß das Kapital in keiner Weise dem Reiche das geben wird, zu dem es verpflichtet ist. Mag unter diesen Verhältnissen das Reich und ein Volk zugrunde gehen, dieses ist dem Kapital gleichgültig. Wenn nur der Mammon, den sie aus den Knochen der Arbeiter herausgeschunden haben, gerettet wird. Dabei wäre die Industrie in erster Linie verpflichtet, Opfer zu bringen, und zwar schon deshalb, weil ja die Industriellen zum großen Teil die Treiber zum Kriege und ebenso die Heher für die Fortsetzung des Krieges bis zum Weißbluten gewesen sind. Die ungeheuren Opfer, die dem deutschen Volk auferlegt sind, sind ein Ergebnis kapitalistischer Politik.

Die Industrie hat in den letzten beiden Jahren der Hochkonjunktur ungeheure Gewinne eingeheimst. Gewinne, wenn sie nur zum Teil zur Schuldentilgung flüssig gemacht würden, so würden sie jedenfalls zu einem freieren Aufatmen des deutschen Volkes führen können. Die Gewinne sind weit größer, als die Bilanzen der Aktiengesellschaften ausweisen. Es ist nicht so, wie es die Unternehmerpresse hinstellen beliebt, daß die Dividenden ebenfalls unter Berücksichtigung der Geldentwertung nur eine ganz mäßige Verzinsung ihrer Kapitalien darstelle. Die Dinge sind so, daß die Industrie in den letzten beiden Jahren viel größere Gewinne gemacht hat als jemals in der Vorkriegszeit. Die Steigerung des Aktienindizes zeigt ja deutlich darauf hin. Zum anderen kommt aber auch in Betracht, daß die Aktionäre größenteils Gratisaktien und sonstige Vergünstigungen gewährt erhielten, die die Gewinne ganz besonders ansteigen ließen. Der übertriebene Luxus, der heute von den Unternehmern aller Schattierungen getrieben wird, zeigt ja auch mit aller Deutlichkeit darauf hin, daß die Unternehmer weder ein noch aus wissen, um die ungeheuren Gewinnergebnisse zu verstaunen. Das geflügelte Wort, „daß der Wiederaufbau des Reiches in Grunewald begonnen habe“, hat seine Richtigkeit. Dort herrscht eine ganz besondere Bautätigkeit, nicht etwa, um Arbeiterwohnungen herzustellen, sondern Villen für die Vertreter des Kapitals, die auf diese Weise ihre Gewinne in Sachwerten anlegen. In der Reparationsfrage soll die Arbeiterklasse genau so wie in der Steuerfrage das Opferlamme sein. Die Industrie besteht darauf, daß der Achtstundentag beseitigt werden soll, um dann auf Kosten der Leberarbeit der deutschen Arbeiterklasse die Reparationen zu erfüllen.

Das Kapital kann auch freigebig sein, namentlich dann, wenn es sich darum dreht, Mißlingen zu werben, die mit der Waffe in der Hand die politischen Anschauungen der Industriellen unterstützen sollen. Die Mordmörder in der Republik werden ja aus den Reihen der Industriellen gespeist. Vor einigen Wochen wurde bekannt, daß sehr einflußreiche Mitglieder des Bayerischen Industriellenverbandes zu den großzügigen Geldgebern des Herrn Hitler gehören. Es wird hierzu folgendes geschrieben:

**Die Geldgeber der bayerischen Faschisten.**

München, 15. Dezember. Dr. Kuhl, das geschäftsführende Präsidiumsmitglied des bayerischen Industriellenverbandes, ist auf der Jubiläumstagung dieses Verbandes gegen die in der Öffentlichkeit umlaufenden Gerüchte über nähere finanzielle Beziehungen des bayerischen Industriellenverbandes zu den Nationalsozialisten aufgetreten. Er hat dabei von Lüge und Verleumdung gesprochen. Die Süddeutsche Demokratische Korrespondenz richtet infolgedessen folgende Anfragen an Dr. Kuhl:

Hält Herr Dr. Kuhl den Vorwurf der Lüge und Verleumdung auch aufrecht, wenn die Beziehungen zwischen Industriellenverband und Nationalsozialismus näher dahin umschrieben werden, daß wohl der Verband als solcher nichts mit den Nationalsozialisten zu tun hat, daß aber zwischen sehr prominenten, sehr einflußreichen und ihm sehr gut bekannten Mitgliedern des Industriellenverbandes und sehr freigebigen und großzügigen Geldgebern des Herrn Hitler Personalunion besteht? Bestreitet er, daß er als der maßgebende Mann des Industriellenverbandes und ein ihm auch verwandtschaftlich sehr nahestehender Mann zu diesen Geldgebern gehören, oder versucht er seine Ablehnung damit zu begründen, daß vielleicht die Gelder nicht unmittelbar an die Hitler-Grunde, sondern durch andere Organisationen, über die näheres mitzuteilen heute nicht die Zeit und Stunde ist, zugeleitet würden? Bestreitet Dr. Kuhl, mit Hitler persönlich verhandelt zu haben, als dem ausserordentlichen Führer einer faschistischen Schutztruppe gewisser Unternehmerkreise, denen die Angst vor dem Marxismus die ruhige Ueberlegung geraubt hat?

Die Korrespondenz fügt hinzu: Auf alle diese Fragen erbitten wir präzise Antwort. Dr. Kuhl wird im eigenen Interesse und im Interesse des von ihm vertretenen Verbandes nicht umhin können, sie mit aller Eindeutigkeit und Klarheit zu geben. Ein Sich-verstecken hinter dem Industriellenverband als solchem, von dem wir wissen, daß er durchaus nicht in seiner Gesamtheit mit den

Ideen und Plänen des Herrn Dr. Kuhl identifiziert sein will, nützt nichts. Hier muß Dr. Kuhl selbst Farbe bekennen.

Im Einklang mit diesen Fragen der Süddeutschen Demokratischen Korrespondenz steht eine Mitteilung der „Münchener Post“, nach der der Führer der Nationalsozialisten, Adolf Hitler, sich dieser Tage in einem Münchener Autogeschäft einen Schnellfahr-Kraftwagen für zwei Millionen gekauft hat und diese Summe in wenigen Stunden in München aufrufen konnte.

Es ist schon lange kein Geheimnis mehr, daß die Industriellen diejenigen sind, welche jene rechtstehenden Kreise unterstützen, die an der Propaganda gegen die Vertreter der Republik beteiligt sind. Daß den Führern von Erzberger, Rathenau usw. größere Geldmittel zur Verfügung standen, ist bekannt. Diese Geldmittel dürften aus denselben Kreisen stammen, die auch Herrn Adolf Hitler und dessen Organisation finanzieren.

Besonders bedauerlich ist, daß es noch Arbeiter und auch Arbeiterorganisationen gibt, die die bürgerlichen Parteien und somit die Industrieller unterstützen. Wann endlich werden diese Arbeiter die notwendigen Konsequenzen aus dem Vorgehen des Kapitals und dessen Vertretung im Reichstag, die sich auf alle bürgerlichen Parteien ausdehnt, ziehen?

**Der Weltfriedenskongress im Haag.**

Von Th. Seipart.

Auch wer sich von allen Ueberschwenklichkeiten freihält, wird doch anerkennen müssen, daß der Kongress im Haag eine große Demonstration für den Friedensgedanken gewesen ist. Das gilt in erster Linie für den außerordentlichen Eindruck, den sein

— Dann müßten alle mit dem vorkiebel nehmen, was ihnen für ihre Arbeit geboten wird, und alle wären dann außerstande, durch gemeinsames Handeln mehr zu erringen. Alle, die sich durch Sparen am Verbandsbeitrage einen materiellen Vorteil verschaffen wollten, erleiden dann statt dessen einen solchen Nachteil, erreichen also das strikte Gegenteil von dem, was sie zu erreichen bestrebt waren.

Verlauf gemacht hat, aber auch für den Inhalt der meisten Reden, die gehalten wurden. Für einen internationalen Kongress mit einer so großen Teilnehmerzahl ist der ruhige und geordnete Verlauf des Kongresses geradezu glänzend gewesen. Da war wohl keiner unter den rund 600 Männern und Frauen aus allen Ländern Europas, der nicht von heiligem Ernst für den Friedensgedanken und von tiefstem Abscheu gegen den Krieg erfüllt und deshalb aus voller Ueberzeugung bestrebt war, sein Bestes zu einem Gelingen dieses Kongresses beizutragen. Die Arbeitervertreter, die durch ihre große Ueberzahl den Kongress beherrschten, waren in ihrem Auftreten bestimmt durch die suchtbaren Folgen, die der Weltkrieg gerade für die Arbeiterklasse in allen Ländern zeitigt hat. Diese Folgen sind so unsäglich traurig, daß es keinen Arbeitervertreter geben kann, der nicht aus heißer Seele und mit entschlossenem Willen in den Ruf: „Nie wieder Krieg!“ einstimmen möchte.

Auf der anderen Seite sahen die zahlreichen Vertreter der europäischen Friedensgesellschaften, unter denen das ergraute Alter zu überwiegen schien, gewissermaßen die Früchte ihres Lebenstampfes auf diesem Kongress reifen. Ohne die Arbeiter sei der Kampf der Pazifisten aussichtslos gewesen, nun aber werde es zusammen mit den Arbeitern, mit ihren machtvollen Gewerkschaften gelingen, den Frieden der Welt gegen alle Kriegsgesahren zu sichern.

Ohne jede Einschränkung stellten sich die bürgerlichen Pazifistenvertreter, die in bevorzugtem Maße zu Wort kamen, auf den Boden der Beschlüsse des internationalen Gewerkschaftskongresses von Rom. Es sei nicht wahr, führte der deutsche Professor Quiddie gegen den Rufen Radek aus, daß der Generalstreik zur Verhinderung neuer Kriege die soziale Revolution sei und die Verneinung der Vaterlandsverteidigung bedeute. Der Generalstreik in diesem Falle bedeute vielmehr die Rettung des Vaterlandes und sei deshalb eine notwendige und eine sittliche Pflicht.

Daß die kommunistischen Vertreter aus Rußland, die auf eine an die Landeszentrale der russischen Gewerkschaften gerichtete Einladung an dem Kongress teilzunehmen, diese Gelegenheit benützen würden, wieder als Apostel des Einigungsgedankens unter der Arbeiterklasse aufzutreten, war vorauszu sehen. Sie redeten nacheinander wie unerschütterliche Säulen, aber die ganze Welt kennt sie als die Wölfe, die sie in Wirklichkeit sind. So war es ein aussichtsloses Beginnen für sie, mit ihren Reden Eindruck auf den Kongress zu machen. Sie gaben aber durch ihre Reden die Veranlassung dazu, daß ihnen von mehreren Seiten, besonders von den Franzosen Dumoulin und Grumbach sowie von dem Russen Abramowitsch ein Spiegel ihrer eigenen Handlungen vorgehalten wurde, der das direkte Gegenteil von dem ehrlichen Streben nach der Einheitsfront des Proletariats zeigte. Die durch die kurze Redezeit etwas beschränkten Ausführungen Abramowitschs waren trotzdem eine ebenso wichtige wie vernichtende Anklage gegen das jetzige russische Regierungssystem, der der ganze Kongress durch demonstrativen Beifall beitrug.

Jedoch in einem Punkt hatte Radek recht, als er nämlich darauf hinwies, daß es unzulänglich sei, nur von der Verhinderung neuer Kriege in der Zukunft zu sprechen, während doch gleichzeitig mit dem Kongress auf den Regierungskongressen in London und Lausanne über die militärische Vergewaltigung Deutschlands und der Türkei beraten und beschlossen wurde. Es hätte allerdings dieser Mahnung von kommunistischer Seite nicht bedurft, denn die Vertreter der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Parteien von Frankreich, Belgien und England haben von der ersten Stunde an keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie das Vorgehen ihrer Regierungen ablehnen und nach Kräften bekämpfen wollen. Eindringlich und überzeugend haben die beiden deutschen Redner, Graßmann für die Gewerkschaften und Wels für die Sozialdemokratische Partei, die Unhaltbarkeit der Lage in Deutschland unter den unheilvollen Wirkungen des Versailleser Friedensdiktates geschildert, die nicht in Deutschland allein, sondern auch in den übrigen Ländern für die Arbeiterklasse unerträglich geworden seien. Nicht als Hilfesuchende und Bittende brauchen deshalb die deutschen Arbeiter aufzutreten, sondern als Verbündete der internationalen Arbeiterbewegung im Kampfe gegen den jetzigen Gewaltfrieden, der in Wahrheit überhaupt kein Frieden sei, sondern nur die Fortführung des Krieges mit noch schrecklicheren Mitteln, als es die blutigen Waffen waren.

Daß Deutschland die übernommenen Reparationsverpflichtungen nach Kräften erfüllen müsse, wurde auch auf diesem Kongress von Banderwelle und anderen betont. Aber doch nicht in dem Sinne der französischen Gewaltpolitik, die die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft erst erschöpft sehen, wenn sie völlig ausgegobten und vernichtet am Boden liegt. Der Befehl des Ruhrgebietes, der Verklammerung der deutschen Arbeiter setzte auch Banderwelle, bekanntlich einer der Väter des Versailleser Diktates, ein dreimaliges donnerndes Nein entgegen.

Besonders erfreut über das jetzige Vorgehen der internationalen Gewerkschaftsbewegung gegen den Krieg äußerte sich Friedrich Adler. Der Generalstreikbeschlusses des Kongresses von Rom sei eine geschichtliche Tat, aber doch erst der Anfang einer Lösung des schwierigen Problems. Er erinnerte an den Satz in den Resolutionen der internationalen Sozialistenkongresse von Stuttgart 1907 und Kopenhagen 1910, in dem es heißt: „falls dennoch ein Krieg ausbricht“. Was soll alsdann geschehen?

Diese Frage rollt allerdings das Problem der Kriegsverhinderung durch den Generalstreik erst in seiner ganzen Schwierigkeit

Was würde aus uns allen werden, wenn jeder bei der Arbeit sagen würde: ich mache nicht mehr mit. Was muß aus den Arbeitern werden, wenn alle bei Wahrung der Rechte der Arbeit verfallen, wie es einzelne tun, die ihrer Gewerkschaft fernbleiben oder ihr durch Verweigerung des ihr zustehenden Beitrags in voller Höhe eines Stundenverdienstes die Mittel zur Wahrung der Rechte der Arbeit verweigern?

steuer unterbreitet, in deren Begründung eine Erhöhung der Werbungskosten und sonstigen Steuerabzüge für die Lohn- und Gehaltsempfänger verlangt wird sowie eine beschleunigte Einziehung aller Steuern.

In der Denkschrift wird u. a. gesagt:

Das Reich bleibt bei der derzeitigen Methode der Steuer-einziehung, ganz gleich, welche Entwicklung die Mark nimmt, immer der Betrogene.

Die eben geschilderten Tatsachen haben in den Kreisen der Lohnsteuerpflichtigen um so größere Erregung verursacht, als bei ihnen die Geldentwertung unter allen Umständen gerade umgekehrt wirkt und sich in immer stärker werdender Belastung ausdrückt. Es muß beachtet werden, daß die steuerliche Leistung eines Angestellten, der verheiratet ist und fünf Kinder hat, im Jahre 1922 bei einem Januar-Einkommen von 2800 Mk. und einem Dezember-Einkommen von 88000 Mk. von 1,6 Proz. auf 9,3 Proz. gestiegen ist. Im Gegensatz dazu gewinnt auch der einfache Gewerbetreibende auf dem Rücken des Staates an jeder Mark Steuer, die er, durch das Gesetz begünstigt, erst um Jahr und Tag verspätet abzuliefern braucht. Das derzeitige Reichseinkommensteuergesetz legitimiert so den Betrug am Staat. Aus der „Holzarbeiterzeitung“ Nr. 45 vom 11. November 1922 ist zu ersehen, daß ein Hamburger Tischler, der verheiratet ist und zwei Kinder hat, im Jahre 1921 einen Steuerabzug trug, der 145,5 Stundenlohn entsprach. Hätte dieser Tischler zu denen gehört, die sich selbst einschätzen, dann mußte er seine Steuer für 1921 etwa im September voll gezahlt haben, das war damals ein Arbeitslohn von 11,5 Stunden. Ende Oktober war es nur noch der Arbeitsertrag von 8,2 Stunden, und Anfang November konnte die gesamte Steuerlast mit dem Ertrag von noch nicht 6 Arbeitsstunden abgegolten werden. Der erste Vorkämpfer der Demokratischen Partei, der Abg. Erkelenz, hat kürzlich in einer öffentlichen Versammlung festgestellt, daß die Lohn- und Gehaltsempfänger im Jahre 1921 ihre Steuern mit dem Ertrage von etwa 120 Arbeitsstunden abgeben mußten. Sie hätten etwa nur 8 oder 10 Arbeitsstunden nötig gehabt, wenn sie zu den gleichen Terminals hätten zählen können wie die sonstigen Veranlagungspflichtigen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat in einer Eingabe vom September d. J. darauf hingewiesen, daß der Händler mit dem schlechten Gelde von 1922 die gute Steuer von 1920 zahle; der Staat und die zu sofortiger Zahlung verurteilten Lohnsteuerpflichtigen seien dabei die Leidtragenden.

Durch die jüngsten Beschlüsse des Reichstages sind die mit dem Grundgesetz der steuerlichen Gerechtigkeit und mit sozialen Erwägungen unvereinbaren Widersprüche noch verschärft worden. Der Tarif der Reichseinkommensteuer wurde mit rückwirkender Kraft für das ganze Steuerjahr 1922 erheblich ermäßigt. Die Anpassung der steuerfreien Abzüge der Lohnsteuerpflichtigen an die Wahrheit und Wirklichkeit soll aber erst vom 1. Januar 1923 ab gelten. Im Antrage Nr. 444 der Reichsdruckachen hat die Deutsche Volkspartei nachgewiesen und ausführlich belegt, daß diese künstliche Niedrighaltung des Werbungskostengesetzes den Finanzämtern automatisch vermehrte Arbeit einbringen muß. Den sich bei uns täglich vermehrenden Anfragen, die fast immer auf jene Ungerechtigkeit hinweisen und Rat verlangen, können wir nur eine Antwort geben: Stellt auf Grund des § 46 Ziffer 3 beim zuständigen Finanzamt den Antrag auf Erhöhung des Werbungskostenjahres. Wird jene Ungerechtigkeit nicht beseitigt, so werden die Finanzämter wahrscheinlich mit diesen Anträgen überschwemmt werden.

Unser Antrag gründet sich im besonderen darauf, daß durch die neuesten Beschlüsse des Reichstages die Werbungskosten und die steuerfreien Abzüge für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau in geringerem Maße erhöht wurden als die Abzüge für Kinder, und alle drei Abzüge in wesentlich geringerem Maße eingezogen wurden als die Geldentwertung dies erfordert.

Die sofortige Heraushebung der steuerfreien Abzüge für die Steuerpflichtigen und ihre Ehefrauen sowie der Werbungskosten ist dringend erforderlich. Bei dieser Regelung müßte die für 1922 bestehenden gebliebenen steuerliche Ungerechtigkeiten gegenüber dem Lohnsteuerpflichtigen im Sinne des sozialdemokratischen Antrages Nr. 5 der Reichstagsdruckache Nr. 5392 in etwas seinen Ausgleich finden.

Zusammenfassend möchten wir nochmals betonen, daß die derzeitige Steuerpolitik bei den Lohnsteuerpflichtigen die bedenklichsten Wirkungen auslösen muß. Die Berechtigung dieser Stimmung ist nicht abzutreiben. Die Lohnsteuerpflichtigen verweisen auf die jüngsten Beschlüsse zur Aenderung des Gesetzes über die Zwangs-anleihe die u. a. festlegen, daß die Effekten nur zu einem Bruchteil — weniger als 10 Proz. ihres Kurswertes nach dem Stand vom 8. Dezember — zur Zwangsanleihe herangezogen werden. Sie verweisen auf die gewaltigen Steuerhinterziehungen, die der an sich völlig ungenügend ausgebauten Buchprüfungsdiens bis her schon festzustellen vermochte. Sie erinnern sich der Worte des Herrn Oberbürgermeisters Böß, der feststellte, daß in Berlin 95 Proz. aller Steuern zwangsweise eingezogen werden müssen. Die Lohnsteuerpflichtigen verweisen aber im besonderen darauf, daß der von ihnen getragene Anteil der Reichseinkommensteuer

auf. Ist die gewerkschaftliche und die politische Arbeiterbewegung in allen Ländern hierfür stark genug? Wird sie auf die Arbeitermassen den Einfluss haben, der nötig ist, um durch plötzliche Arbeitsverweigerung die Militärtransporte, die Waffen- und Munitionsherstellung zu verhindern?

Der Militarismus und die kapitalistischen Regierungen werden im Ernstfalle sich der Generalfreidrohungen nicht mit verschränkten Armen tatenlos gegenüberstellen. Abgesehen von den ihnen verfügbaren Mitteln der militärischen Gewalt werden sie wieder wie 1914 und in allen früheren Fällen ihren großen Einfluss auf die öffentliche Meinung, auf die Presse ausüben. Wir haben ja nur zu deutlich noch in Erinnerung, wie durch absichtlich falsche Nachrichten über Vorgänge im Ausland die öffentliche Meinung in allen am Krieg beteiligten Ländern irreführt worden ist. Die sofort eintretende Grenzsperrung macht jede direkte Benachrichtigung und Verständigung unmöglich. Auf beiden Seiten der Grenze wird man die Arbeiterkraft des eigenen Landes von der Anwendung des Generalfreistreichs dadurch abzuhalten suchen, daß man ihr berichtet, die Arbeiter des anderen Landes hätten nicht im geringsten daran, ihr Land und Volk durch Streik in die höchste Gefahr zu bringen.

Auch die von Vandervelde aufgeworfene Frage des legalen Rechts zur Landesverteidigung gegen feindliche Invasion fällt in dieses Gebiet. Verschiedene Redner im Haag haben diese Frage grundsätzlich abgelehnt, weil die Unterscheidung zwischen Angriffskrieg und Verteidigungskrieg die ganze Propaganda gegen den Krieg von vornherein lahmlegen würde. Denn noch in jedem Kriege sei mit dem Begriffe der Vaterlandsverteidigung Mißbrauch getrieben worden. Das ist gewiß richtig, aber das berechnete Vaterlandsgelühl wird trotzdem auch in Zukunft vorhanden sein und bei der Anwendung des Generalfreistreichs als Mittel zur Kriegsverhinderung eine Rolle spielen. Vorläufig wird man sich mit der Antwort einverstanden erklären können, die Souhaig im Auftrage des Bureaus des Internationalen Gewerkschaftsbundes auf Vanderveldes Frage gegeben hat. Er sagte, die Forderungen der Gewerkschaften gingen dahin, daß in allen Streitigkeiten zwischen den Völkern jede Gewaltanwendung abzulehnen sei. Nicht die Gewalt, sondern allein das Recht dürfe entscheiden, und das Recht müsse durch einen wirklichen Völkerbund jedem Lande garantiert sein.

Es wird Aufgabe der Gewerkschaften und der gesamten Arbeiterbewegung jedes Landes sein, an der Klärung des Problems weiterzuarbeiten. Denn darin hat Friedrich Adler durchaus recht, daß mit dem Generalfreistreichsbeschlusse von Rom die ganze Lösung noch nicht gefunden ist. Die große moralische Bedeutung dieses Beschlusses ist jedoch unzweifelhaft und sie ist durch den Kongreß im Haag noch beträchtlich gesteigert worden. In der internationalen Arbeiterbewegung wird der Ruf „Nie wieder Krieg“ nicht mehr verklingen. Zu hoffen bleibt jetzt nur, daß auch das Birgerium, die Presse, die Parlamentarier, die Schulen, die Erzieher, Gelehrten und Künstler in allen Ländern dauernd und mit ehrlichem Willen sich der Propaganda für den wahren Friedensgedanken anschließen. (Korrespondenzblatt des ADGB, Nr. 51.)

### Das kommende Stilllegungsgesetz.

Dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat und dem Reichsrat ist der Entwurf eines Gesetzes über den Abbruch und die Stilllegung gewerblicher Betriebe und über die Streckung der Arbeit zugegangen. Die Regierung beabsichtigt, die Verordnungen vom 8. Nov. 1920 (Abbruch und Stilllegung gewerblicher Betriebe) und vom 12. Februar 1920 (Streckung der Arbeit) in ein Gesetz (dem sogenannten Stilllegungsgesetz) zusammenzufassen. Die überwiegend günstigen Erfahrungen, die mit den beiden Verordnungen gemacht worden sind, sollen in dem neuen Gesetz entsprechende Berücksichtigung finden. So wenigstens heißt es in der Begründung des vorliegenden Gesetzentwurfs. Ob und inwieweit die Regierung ihre eigenen Absichten durch diese Vorlage erfüllt, wollen wir zunächst einmal dahingestellt sein lassen. Nur soviel sei von vornherein bemerkt: Schon bei flüchtigem Durchsehen der Regierungsvorlage überwiegt der Eindruck, daß auch hier wieder die Kräfte am Werke sind, die das Zustandekommen eines brauchbaren Gesetzes zu verhindern bemühen.

Da die Schaffung des Stilllegungsgesetzes durchaus noch nicht gesichert ist, beabsichtigen wir auch nicht, auf den vorliegenden Gesetzentwurf selbst näher einzugehen. Angesichts des oben erwähnten Umfanges halten wir es vielmehr für zweckmäßiger, in der Hauptsache nur auf die Entstehungsgeschichte der beiden Verordnungen mit einigen Worten Bezug zu nehmen.

Gleich nach der Revolution, vor allem aber in den Jahren 1919 bis 1921, erschien es vielen Fabrikanten und Händlern gewinnbringender, gewerbliche Betriebe stillzulegen, die Maschinen abzubauen und vornehmlich an das feindliche Ausland zu verkaufen. Ja, man begnügte sich nicht nur damit, Maschinen und Maschinenteile zu verschleppen, auch Betriebs- und Rohstoffe wurden auf diese Weise zu Geld gemacht. Gegen Golddevisen wanderten wertvolle Produktionsmittel zunächst ins besetzte Gebiet und von dort über die Grenzen des Reiches. Als diese Geschäfte unserer Prozentpatrioten einen für den Bestand der deutschen Wirtschaft gefährdenden Umfang annahmen, versuchten die smarten Kaufleute, die Öffentlichkeit dadurch zu täuschen, daß sie erklärten, es handle sich bei diesen Verkäufen fast nur um alte unbrauchbare Maschinen. Natürlich war das Gegenteil richtig. Das Ausland war und ist noch nie dumm genug gewesen, sich auf diese Weise täuschen zu lassen. Wenn aber die Absicht, die ausländischen Käufer deutscher Maschinen zu betrügen, bestanden haben sollte, so läßt sich heute mit aller Bestimmtheit sagen, daß sie völlig vorbegegangen ist. Denn die Tatsache ist unbestreitbar, daß sich die heimische Industrie durch diese Maschinenverkäufe im Ausland eine leistungsfähige Konkurrenz geschaffen hat.

Um diesem gewissenlosen Treiben Einhalt zu gebieten, wurde die Verordnung vom 8. November 1920 erlassen. Nach deren Erlaß setzte ein schwerer Kampf mit gewissen Industrie- und Handelskreisen ein. Und zwar mit den Kreisen, denen an der Befundung und dem Wiederaufbau unserer Wirtschaft nichts — am Profit aber alles gelegen war. Daß zu diesen profitlüsternen Schieberkreisen nicht nur der illegale Handel gehörte, wie man vielfach der Welt glauben machen wollte, ist heute allgemein bekannt. Wenn damals nicht noch wertvollere Teile unserer Wirtschaftssubstanz den Weg ins Ausland fanden, so lag das an dem ebenso energischen wie erfolgreichen Widerstand, den die Betriebsräte und Verbandsleitungen dem Verhalten derartiger unangenehmer Volksgenossen bereiteten.

Weiter war bei den Behörden die gleiche Energie vielfach nicht zu finden. Hier wurde die Verordnung in der Regel nur sehr lag gehandhabt. Das hatte zur Folge, daß viele Unternehmer sich um die Verordnung gar nicht kümmerten. Zu ihrer Entschuldigend können die Demobilisierungsbehörden, die als ausführende Organe in Frage kommen, allerdings anführen, daß der Verordnung erhebliche Mängel anhaften. So gibt die Verordnung ihnen keine Exekutivgewalt. Sie sind vielmehr ganz auf den guten Willen der Unternehmer angewiesen.

Aber auch da, wo das Gesetz den Behörden das Recht zum Eingreifen gestattet, machen sie kaum Gebrauch davon. Diese behördliche Nachsicht benutzten manche Unternehmer, noch vor den notwendigen Ermittlungen und Feststellungen, die die Verordnung vorschreibt, ihr Rohstofflager zu räumen und den vorhandenen Betriebsstoff schleunigst zu veräußern. Und nicht nur das. In vielen Fällen wurde, ohne das Eingreifen der Behörden abzuwarten, mit dem Abbruch der schon verkauften Maschinen begonnen. Weiter erklärt sich dadurch auch die von uns schon mehrfach beobachtete Tatsache, daß Betriebe resp. Betriebsabteilungen nur zum Schein

stillgelegt wurden, in der mehr oder weniger ausgesprochenen Absicht, Arbeiter entlassen zu können, die dem Unternehmer un bequem geworden waren, oder um die Produktion der niedrigen Löhne wegen in die Provinz zu verlegen. (Die gleichen unangenehmen Erfahrungen haben wir auch mit der Verordnung vom 12. Februar 1920 gemacht.) Hinzu kommt, daß Betriebe mit weniger als 20 Arbeitnehmern nicht unter die Verordnung fallen. Bei dem schon seit Jahren in Industrie und Handel in Erscheinung tretenden Tiefstand der Geschäftsmoral sind die Schwächen der Verordnung sehr zu bedauern.

Wie berechtigt diese unsere Zustellungen an der Verordnung sind, zeigt die Begründung des Gesetzentwurfs, in der es heißt:

a) Der erwünschte Erfolg tritt nicht ein, weil die Bestimmungen der Verordnung der Behörde nicht ausreichende Machtbefugnisse gewähren.

b) Der erwünschte Erfolg bleibt aus, weil die beteiligten behördlichen Stellen nicht mit genügender Schnelligkeit und nicht mit ausreichendem sachlichen Entgegenkommen arbeiten.

c) Die Verordnung kann die beabsichtigte Wirkung nicht erzielen, weil im Regelfalle die Stilllegungen nicht aus Bereicherungssabsticht (Unternehmersabotage), sondern unter dem Druck zwingender wirtschaftlicher Notwendigkeiten erfolgen, denen gegenüber jeder Eingriff nur die Unwirtschaftlichkeit erhöhe.

Hier wird also unter a und b das von uns vorher Gesagte seitens der Behörden vollinhaltlich bestätigt. Den unter c gemachten Bemerkungen stehen wir jedoch mit einer starken Dosis Skepsis gegenüber. Unsere eigenen Erfahrungen lassen als Handlungsmotiv der Unternehmer letzten Endes doch nur die Gewinnsucht erkennen.

Weiter sind den Demobilisierungsbehörden gewisse Schranken gesetzt infolge der Finanzkalamität des Reiches, die verhinderte, durch Erstellung öffentlicher Aufträge der Verordnung eine nachhaltigere Wirkung zu verleihen.

Sammeln aber haben die Behörden doch manches erreicht. Ja, es muß sogar betont werden, daß schon das bloße Vorhandensein der Verordnung bis zu einem gewissen Grade erzieherisch gewirkt hat. Ueber den Erfolg, der durch die Verordnung erzielt wurde, gibt folgende statistische Uebersicht die nötige Aufklärung:

In der Zeit vom 1. Januar 1922 bis 31. März 1922, für welche die Berichte der Demobilisierungsbehörden abgeschlossen vorliegen, wurden als beabsichtigte Maßnahmen zur Anzeige gebracht:

682 Betriebsabbrüche  
688 Stilllegungen von Vollbetrieben,  
815 Stilllegungen von Betriebsteilen.

In diesen Betrieben waren insgesamt beschäftigt 291 760 Arbeiter und 34 979 Angestellte. Von der beabsichtigten Maßnahme unmittelbar betroffen wurden 106 000 Arbeiter und 4711 Angestellte.

Als Grund für die beabsichtigte Maßnahme wurden angegeben:

Auftrags- und Kapitalmangel in 1030 Fällen,  
Rohstoffmangel „ 108 „  
Unwirtschaftlichkeit „ 196 „  
Sonstiges „ 226 „

Zur Durchführung gelangt sind 42 Abbrüche (68 Proz. der gemeldeten), 386 Stilllegungen von Vollbetrieben (57 Proz. der gemeldeten), 638 Stilllegungen von Betriebsteilen (78 Proz. der gemeldeten). Zur Entlassung kamen 64 232 Arbeiter und 2139 Angestellte.

Gerade diese Statistik zeigt, wie notwendig die Verordnung ist. Dieselben Kreise, die stets erklären, daß nur Arbeit uns retten kann, schädigten durch ihr Verhalten unsere Wirtschaft, verhinderten deren Befundung und tun nichts zu ihrer Rettung. Wenn die deutsche Wirtschaft noch nicht völlig zugrunde gerichtet und in den Abgrund gestürzt ist, so ist das wahrlich nicht die Schuld der Kapitalisten.

Nach der Verordnung vom 12. Februar 1920 muß der Entlassung von Arbeitskräften die Streckung der Arbeit vorausgehen. Einzelne Bestimmungen dieser Verordnung, die zum Teil sogar weiter gehen als die Verordnung vom 8. November 1920, greifen auch noch über auf die letztere. Daher die Absicht, beide Verordnungen in einem Gesetz zu vereinigen.

Allerdings enthält die Verordnung vom 12. Februar 1920 auch einschränkende Vorschriften. So z. B., wenn nach § 12 der Verordnung dem Arbeitgeber die Vertüzung der Arbeitszeit nur „nach den Verhältnissen des Betriebes“ zugemutet werden kann. Der § 11 wieder rechnet zu den Verhältnissen des Betriebes auch die Wirtschaftlichkeit und zieht damit der Verordnung noch engere Grenzen. Leider bieten sich dem Arbeitgeber durch diese einengenden Bestimmungen auch viele Umgebungsmöglichkeiten, die weidlich ausgenutzt werden.

Der Charakter beider Verordnungen ist ein doppelter. Sie sollen sozialen und wirtschaftlichen Zwecken dienen. Von Unternehmerseite wird ostentativ hervorgehoben, daß dieses weitgesteckte Ziel nicht erreicht sei. Die Verordnungen haben (so wird von Arbeitgeberseite behauptet) zwar sozial günstig, wirtschaftlich aber ungünstig gewirkt. Daß dieses Urteil auch von manchen Behörden geteilt wird, ändert jedoch nichts daran, daß es nach unserer Auffassung sehr subjektiv gefärbt ist. Dadurch, daß die Verordnung vom 8. November 1920 den Abbruch und die Stilllegung von Betrieben verhinderte, und die Verordnung vom 12. Februar 1920 dazu beitrug, drohende Arbeiterentlassungen zu unterbinden, haben beide Verordnungen zur Erhaltung des Wirtschaftsfriedens wesentlich beigetragen. Wenn darüber hinaus weitere Erfolge nicht erzielt wurden, so liegt das an den schon mehrfach aufgezeigten Schwächen der Verordnungen.

Aber selbst wenn die Ansicht der Arbeitgeber in vollem Umfang zutreffend wäre, was wir noch entschieden in Abrede stellen, dann liegt doch kein stichhaltiger Grund vor, durch den vorliegenden Gesetzentwurf die unzulänglichen Verordnungen vollends abzubauen. In dem Entwurf zu dem Stilllegungsgesetz sind nicht nur alle Mängel der Verordnungen enthalten, er setzt vielmehr fast nur aus diesen Mängeln zusammen.

Angesichts dieser Tatsache und des weiteren Umfanges, daß der vorgelegte Gesetzentwurf noch heftig umstritten ist, lohnt es sich nicht, auf Einzelheiten einzugehen. Da die endgültige Fassung des Gesetzentwurfs, gegen den Unternehmer und manche Behörden Sturm laufen, noch nicht feststeht, behalten wir uns vor, später auf die in Betracht kommenden Fragen näher einzugehen. Mit unserem heutigen Aufruf wollten wir nur zeigen, wie die soziale Gesetzgebung immer weiter von der Lösung ihrer eigentlichen Aufgaben abgedrängt wird. Wenn die Entwiklung so weiter geht, dann wird aus dem geplanten Arbeitsrecht ein — Arbeitgebersrecht.

### Das Existenzminimum in der ersten Dezemberhälfte 1922.

Von Dr. R. Kuczynski.

Die Kosten des Existenzminimums waren in Groß-Berlin in der ersten Dezemberhälfte um reichlich ein Viertel höher als in der zweiten Novemberhälfte, fast doppelt so hoch wie in der ersten Novemberhälfte, etwa viermal so hoch wie in der ersten Oktoberhälfte, rund 45mal so hoch wie im Dezember 1921 und annähernd 80mal so hoch wie im Dezember 1920.

Kartoffeln kosteten 300mal soviel wie vor neun Jahren, rationiertes Brot 550mal soviel, Gas 600mal soviel, Zucker 750mal soviel, Milch 800mal soviel, Weizengrieß 900mal soviel, Bohnen 1000mal soviel, Reis 1150mal soviel, Margarine und Briffetts 1250mal soviel, Erbsen 1300mal soviel, Roggenmehl und Speck 1350mal soviel, Brot im freien Handel 1450mal soviel.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für Groß-Berlin:

|                                   | Mann  | Ghepaar | Ghepaar mit 2 Kindern |
|-----------------------------------|-------|---------|-----------------------|
| Ernährung . . . . .               | 3426  | 5787    | 7898                  |
| Wohnung . . . . .                 | 193   | 193     | 193                   |
| Heizung und Beleuchtung . . . . . | 1891  | 1891    | 1891                  |
| Bekleidung . . . . .              | 3583  | 5972    | 8361                  |
| Sonstiges . . . . .               | 3000  | 4568    | 6052                  |
| 1. Dezemberhälfte 1922 . . . . .  | 12093 | 18411   | 24395                 |
| 2. Novemberhälfte 1922 . . . . .  | 9490  | 14622   | 19303                 |
| 1. Novemberhälfte 1922 . . . . .  | 6484  | 10060   | 13238                 |
| 2. Oktoberhälfte 1922 . . . . .   | 4369  | 6754    | 8871                  |
| 1. Oktoberhälfte 1922 . . . . .   | 2998  | 4631    | 6136                  |
| September 1922 . . . . .          | 2319  | 3552    | 4714                  |
| August 1922 . . . . .             | 1393  | 2203    | 2938                  |
| Juli 1922 . . . . .               | 829   | 1298    | 1763                  |
| Dezember 1921 . . . . .           | 271   | 417     | 557                   |
| Dezember 1920 . . . . .           | 156   | 236     | 327                   |
| August 1913/Juli 1914 . . . . .   | 12,75 | 22,30   | 28,80                 |

Auf den Arbeitstag umgerechnet, beträgt der notwendige Mindestverdienst in der ersten Dezemberhälfte 1922 für einen alleinlebenden Mann 2016 M., für ein kinderloses Ehepaar 3068 M., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6 bis 10 Jahren 4066 M. Auf das Jahr umgerechnet, beträgt das Existenzminimum für den alleinlebenden Mann 630 850 M., für das kinderlose Ehepaar 960 400 M., für das Ehepaar mit zwei Kindern 1 272 600 M.

Dem letzten Vorkriegsjahr bis zur ersten Dezemberhälfte 1922 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinlebenden Mann von 16,75 auf 12 093 M., d. h. auf das 722-fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,30 auf 18 411 M., d. h. auf das 825,6fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,80 auf 24 395 M., d. h. auf das 847,1fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, war die Mark in der ersten Dezemberwoche etwa 1/3 Pf. wert.

### Wie ein Kommunist den Achtstundentag auffaßte.

Von der Kölner Geschäftsstelle des Verbandes der Maschinisten und Feizer wurde ein Mitglied mit Namen Theodor Gans aus der Organisation ausgeschlossen, das eine recht eigentümliche Auffassung vom Achtstundentag hegte. Er war Kandidat zum kommunistischen Betriebsrätekongreß und hat dort sicherlich mit den dort versammelten Kommunisten in das Geschrei eingestimmt, daß die Gewerkschaftsböngel und die „Stinnessozialisten“ offen und heimlich für eine Verlängerung der Arbeitszeit und gegen den gesetzlichen Achtstundentag wirken. Wie aber dieser kommunistische Wunderknebe den Achtstundentag selbst auffaßte, geht aus folgender Aufstellung seiner Stundenleistung in den einzelnen Lohnperioden von Juli bis jetzt hervor.

| Stunden | Ueberstunden |
|---------|--------------|
| 157     | 61           |
| 132     | 36           |
| 216     | 120          |
| 142     | 46           |
| 221     | 125          |
| 161     | 65           |
| 171     | 75           |
| 71      | 23           |
| 105     | 57           |
| 140     | 92           |
|         | 700          |

Bemerkte muß noch werden, daß Gans Baudelegierter war und als solcher ohne weiteres vorbildlich in puncto Ueberstunden hätte wirken müssen. In dem Schiedsgericht, das sich mit seinem Ausschluß zu befassen hatte, suchte Gans auf Grund von Lohnbüten zu beweisen, daß er nur 48 Stunden die Woche gearbeitet habe. Als man der Sache auf den Grund ging, stellte es sich heraus, daß Gans zwei Lohnbüten empfangen hatte, eine mit den normalen Arbeitsstunden und eine mit den Ueberstunden. Die kommunistischen Beisitzer in dem betreffenden Schiedsgericht stimmten gegen den Ausschluß ihres Parteigenossen aus der Organisation, womit auch sie der Meinung Ausdruck geben, daß ein kommunistischer Muster-gewerkschaftler den Achtstundentag nach der Methode des Gans zu schätzen habe.

### Aus den Gewerkschaften.

#### Der Erweiterte Beirat des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Am 7. und 8. Dezember hielt der Erweiterte Beirat des Deutschen Metallarbeiterverbandes eine Sitzung in Stuttgart ab. Nach ausführlicher Erörterung der wirtschaftlichen Lage im Zusammenhang mit den Lohnverhältnissen, der Frage der Produktionssteigerung und des Achtstundentages faßte er einstimmig folgende Entschlüsse:

„Der Erweiterte Beirat des DMB begrüßt die kürzlich veröffentlichte Entschlieung der Reichsagsration der BEMD, die eine aktive Währungsreform fordert, betriebstechnische und wirtschaftsorganisatorische Fortschritte als Voraussetzung einer Produktionssteigerung verlangt und die Beseitigung des Achtstundentages mit aller Schärfe ablehnt.“

Der Erweiterte Beirat weist alle Verbandsmitglieder auf den Ernst der gegenwärtigen Lage hin. Die wirtschaftliche und körperliche Berelendung schreitet fort; Unternehmer und bürgerliche Parteien aber verlangen trotzdem in immer stärkerem Maße eine verlängerte Arbeitszeit. Diesem unverantwortlichen Treiben gegenüber ist es die Pflicht der gesamten Arbeiterkraft und ihrer Organisationen, jeden Angriff auf den Achtstundentag entschieden abzuwehren.

Der Erweiterte Beirat begrüßt die Kundgebungen der Kollegen im Lande, den Achtstundentag mit allen Mitteln zu verteidigen und verschert auch seinerseits unverbrüchliches Festhalten und schärfste Abwehr aller Angriffe auf den Achtstundentag. Voraussetzung für ein erfolgreiches Wirken auf diesen und allen anderen gewerkschaftlichen Gebieten ist unbedingtes Festhalten an der Organisation und peinlichste Beachtung aller gewerkschaftlichen Grundfätze.“

Ferner beschloß der Erweiterte Beirat, angesichts des gesunkenen Geldwertes und der immer größer gewordenen Verelendung der Lohnverhältnisse, den wöchentlichen Verbandseinkauf vom 1. Januar 1923 an in Höhe des Stundenverdienstes festzusetzen und die Unterstützungsfähigkeit dementsprechend zu erhöhen.

### Aus der Textilindustrie.

Fusion in der Wollweberei. Zwischen der Vereinigten Märktischen Tuchfabriken Akt.-Ges. in Berlin und der Saganer Wollspinnerei und Weberei in Sagan ist unter Vorbehalt der Zustimmung beider Generalversammlungen ein Vertrag zustande gekommen, auf Grund dessen eine Vereinigung beider Gesellschaften mit Wirkung vom 1. Januar 1922 ab erfolgt, derart, daß die Saganer Wollspinnerei und -weberei als Ganzes unter Ausschluß der Liquidation auf die Vereinigte Märktische Tuchfabriken Aktiengesellschaft übergeht. Die Vereinigte Märktische Tuchfabriken Aktiengesellschaft erhöht zu diesem Zwecke und zur Verstärkung der Betriebsmittel ihr Grundkapital um nom. 55 Millionen Mark. Das gesamte Kapital der vereinigten Gesellschaften beträgt alsdann 90 Millionen Mark Stamm- und 10 Millionen Mark Vorzugsaktien. Die Saganer Wollspinnerei und

\* Der Regierungsentwurf nebst Begründung ist in Nr. 20/1922, S. 599 und des amtlichen Teils des „Reichsarbeitsblatts“ abgedruckt.

weberei wird als Zweigniederlassung unter der Firma Vereinigte Märkische Tuchfabriken Akt.-Ges., Abteilung Saganer Wollpinnerei und weberei, weitergeführt.

Kapitalerhöhung. Die Forstmann u. Huffmann Company in Passaic (New-Jersey) hat, wie der Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ mitteilt, ihr Kapital von 5 Mill. Doll. auf 16 Mill. Doll. erhöht. Diese Kapitalerhöhung dürfte, wie hier behauptet wird, in Verbindung stehen mit der Anbahnung einer Interessengemeinschaft mit den Botany Worsted Mills in Passaic, einem großen Unternehmen der Textilbranche, das mit 3 500 000 Doll. kapitalisiert ist. Davon stehen 1 500 000 Doll. auf den Namen von Max W. Stoehr, der amerikanischer Bürger ist, 500 000 Doll. sind das Eigentum von Eduard Stoehr, in Deutschland (Leipzig) anässig, und der Rest ist in den Händen kleinerer Investoren. Der Befehl der beiden Stoehrs wurde bei Kriegsausbruch von der amerikanischen Regierung sequestriert. Max W. Stoehr suchte seine Aktien auf gerichtlichem Wege wieder zu erlangen, aber vergeblich, indessen konnte andererseits der Verwalter des feindlichen Eigentums nicht von ihm beabsichtigten Verkauf durchführen. Das Eigentum der Botany Worsted Mills ist von einem gerichtlichen Taxator auf 15 Mill. Doll. geschätzt worden. („Frankf. Ztg.“)

### Soziale Rundschau.

#### Die Unfallrenten wieder erhöht.

An Stelle von 300 000 treten 1 200 000, an Stelle von 90 000 360 000, an Stelle von 3000 30 000, an Stelle von 1200 6000, an Stelle von 400 000 800 000. — Auch die Bezüge aus der Unfallfürsorge für Gefangene sind erhöht worden. Statt 12 000 gibt es 30 000, statt 3600 9000, statt 10 800 27 000, statt 1200 6000. Soziales aus dem Erzgebirge.

#### Soziales aus dem Erzgebirge.

Das obere Erzgebirge ist, schreibt man uns, neben Grimma das teuerste Gebiet Sachsens geworden; das geht ohne weiteres aus folgenden acht Orten, die in der Teuerungstatistik des Reiches aufgeführt sind, hervor:

|                    | September | Oktober | November |
|--------------------|-----------|---------|----------|
| Leipzig            | 10 667    | 17 684  | 36 561   |
| Dresden            | 10 426    | 18 709  | 39 373   |
| Chemnitz           | 11 285    | 19 248  | 41 294   |
| Bautzen            | 12 762    | 20 206  | 43 336   |
| Annaberg           | 13 741    | 21 723  | 46 924   |
| Auerbach i. Vogtl. | 12 301    | 19 335  | 44 443   |
| Sebniz             | 12 549    | 18 948  | 42 259   |
| Grimma             | 13 816    | 23 026  | 49 690   |

Diese Teuerung im oberen Erzgebirge ist hervorgerufen durch die enorm hohen Anfahrtspreise aller Lebens- und Bedarfsmittel, und vor allen Dingen durch den hohen Stand der tschechischen Krone, wodurch ein Ausverkauf der Grenzgebiete stattfindet. Die arbeitende Bevölkerung bekommt in den Grenzorten fast nicht mehr die allernötigsten Lebensmittel. Bei allen Lohnverhandlungen im oberen Erzgebirge verlangen die Unternehmer, daß die erzgebirgische Arbeiterschaft zu niedrigeren Löhnen arbeiten soll als die Arbeiter in den anderen Bezirken. Diese Forderung wirkt in Verbindung mit der ungeheureren Verteuerung im oberen Erzgebirge direkt degenerierend auf die gesamte Bevölkerung des Erzgebirges. Die Arbeiterschaft muß und wird sich diesen Tendenzen gegenüber mit aller Entschiedenheit zur Wehr setzen.

### Wirtschaftliches.

#### Die französisch-italienischen Wirtschaftsbeziehungen.

Gleichzeitig mit der Annäherung Italiens an Frankreich in außenpolitischer und sozialer Hinsicht versuchen die beiden Länder auch ihre Handelsbeziehungen enger zu verflechten. In der letzten Woche ist zwischen Frankreich und Italien ein Abkommen geschlossen worden, welches das seit 1898 geltende und durch die Umwälzungen der Vorkriegsverhältnisse wertlos gewordene Handelsabkommen den Bedürfnissen der Gegenwart anpassen will. Das Wesen des alten Abkommens war folgendes: Frankreich gewährt den italienischen Waren die Begünstigung des Minimaltarifs, Italien räumt dagegen ungefähr 90 französischen Artikeln das Recht der reduzierten Tarifsätze ein; außerdem genießt Frankreich ein Meistbegünstigungsrecht. Der Wert des letzteren für Frankreich nahm aber mit der Zeit immer mehr ab, da Italien allmählich alle seine Handelsverträge, außer denen mit Japan, Griechenland und Brasilien, kündigte. Der seit 1921 geltende neue italienische Zolltarif erhöhte aber die Sätze derart, daß die Zollschranke für die französischen Waren geradezu einen Abwehrcharakter annahm.

Dieser Zustand sollte nun durch das neue Abkommen abgeändert werden. Es beruht auf der Feststellung der gegenseitigen Zollsätze einerseits die Preisveränderungen, die seit der Vorkriegszeit eingetreten sind, andererseits die Veränderung in der Bedeutung gewisser Waren für die einzelnen Volkswirtschaften. So werden etwa 50 französischen Waren Zollreduktionen gewährt, die in dem Abkommen von 1898 keine Ermäßigung genossen. Im einzelnen ist es interessant, daß der italienische Zollsatz für französischen Schaumwein von 120 Lire auf 20—40 Lire pro 100 Flaschen herabgesetzt wird. Während also Mussolini den Wirtschaftsdiktator abfälscht, die Staatsbetriebe verschachtelt und asiatische Arbeit predigt, verbilligt er den Champagner der Bourgeoisie. Die nationale Begeisterung muß eben wachgehalten werden.

#### Der Zug der Schieber nach Paris.

Vor einem halben Jahr war noch Wien die Heimstätte und das Hauptbetätigungsfeld des internationalen Schieberturns. Der dauernde Sturz der österreichischen Krone ermöglichte es ihm, im Trüben zu fischen und die Verelendung des Volkes zur Erzielung von Milliarden Gewinnen auszunützen. Dann ging es nicht so gut weiter. Der Saatz hat endlich durch eine Devisenverordnung eingegriffen, der Kurs der österreichischen Krone stabilisierte sich, die Preise haben sich den Weltmarktpreisen angeglichen, die Kredite wurden eingeschränkt und die Schiebergebnisse, wogegen durch Erfahrung auch Gegenstände geschaffen werden konnten, wurden aufgedeckt. Die ganze Gesellschaft hat ihren Sitz vorerst noch nach Deutschland verlegt und übt in diesem Lande ihre gesegensreiche Tätigkeit aus. Da aber auch Deutschland auch binnen kurzem nichts mehr herauszuholen sein wird, sind die Schieber bereits auf dem Sprunge, ihren Aufenthalt nach Paris zu verlegen. Diese Schieber spekulieren auf das weitere Sinken des französischen Geldes mit einer gleichzeitigen Erhöhung der Warenpreise. Sie können dann in Frankreich gegen „hohe Verzinsung“ noch Kredit in großem Ausmaß in Anspruch nehmen, den sie dann in Dollars oder Waren anlegen und später in entwertetem Geld zurückzahlen, wobei sie hohe Gewinne einheimen. Die Unerfahrenheit der französischen Geldgeber gegen diese Machenschaften können sich diese Herrschaften gut zunutze machen. Ein hübsches Geschäft ist gegenwärtig das, welches sich auf die Ausnützung der Unterwertung der deutschen Mark auf dem Weltmarkt stützt. Der Schieber kauft „billig“ Waren in Deutschland, führt sie nach Frankreich aus und befehlt sie dort bei einer Bank, die ihm, indem er ihr einen etwas höheren Zins zugestimmt als gewöhnlich, den Kredit gegen Verpfändung der Waren gern zur Verfügung stellt. Aus diesem Geld kauft er in Deutschland neue „billige Waren“, führt sie wieder aus, bekommt neuen Kredit auf die Waren usw. Der Wert des Frank sinkt, die Warenpreise erhöhen sich dementsprechend, und so kann er nach kurzer Zeit aus dem Er-

lös vom Verkauf eines geringen Teiles der verpfändeten Waren seine Schuld abtragen. So kombiniert er zu seinem Vorteil drei Elemente: die vorläufige Billigkeit der deutschen Waren für den Ausländer, das fortschreitende Sinken des französischen Geldwertes, die Erhöhung der französischen Warenpreise mit der Unerfahrenheit der Franzosen, die noch gern Geld leihen, wenn guter Zins versprochen wird, und mit der Geldentwertung noch nicht rechnen. Und da er im ersten Hotel wohnt, sich manchmal auch guter Verbindungen bei den Behörden und in Industriekreisen erfreut, bleibt er unbehelligt, ja er genießt ein hohes Ansehen. Ist er doch nur das Sinnbild der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung!

#### Die Vergeudung in der Industrie und die Löhne.

Folgende Fälle, die wir amerikanischen Pressenmitteilungen entnehmen, veranschaulichen die Bedeutung der industriellen Vergeudung und die hierdurch verursachten Verluste im Verhältnis zu den Ausgaben für Löhne.

Eine amerikanische Schiffszeitung „The Nautical Gazette“ erzählt einen beachtenswerten Fall von zwei Schiffen, einem amerikanischen und einem dänischen. Beide haben denselben Lonnengehalt, 7000 Brutto-Tonnen, und sind gleich alt. Sie haben, mit Getreide beladen, denselben Weg von Baltimore nach Hamburg zurückgelegt. Auf dem Rückweg führte keines von beiden Rückfracht. Die Selbstkosten der Fahrt betragen für das dänische Schiff 17 558 Dollar und der Reingewinn 1910 Dollar. Das amerikanische Schiff hatte 21 063 Dollar Selbstkosten und wies einen Verlust von 614 Dollar auf. Die auf dem amerikanischen Schiff ausbezahlten Löhne waren niedriger als die dänischen, sie betragen auf jenem 2105 Dollar gegenüber 2355 Dollar. Trotz des niedrigen Lohnes waren die Ergebnisse des amerikanischen Schiffes ungünstiger als die des anderen. Das erwähnte Fachorgan schreibt den Mißerfolg der Vergeudung von Heizmaterial auf dem amerikanischen Schiff zu, die auf schlechte Konstruktion und fehlerhafte Leitung zurückging.

Die von dem amerikanischen Maschinenverband eingesetzte Kommission für die Untersuchung der Vergeudung in der Industrie stellt in ihrem jüngsten Bericht fest, daß in Buchdruckereien und verwandten Betrieben die Vergeudung jährlich einen Verlust von 100 Millionen Dollar verursacht. Mehrere schon früher angestellte Erhebungen ergaben, daß für 75 Proz. der industriellen Vergeudung die Unternehmer bzw. die Betriebsleitung und andere Umstände und nur für 25 Proz. die Arbeiter verantwortlich sind. Die niedrigen Löhne sind daher neben der Profithucht auch der schlechten Organisation der Arbeit zuzuschreiben.

Eine andere industrielle Kommission in Amerika hat die sehr interessante Tatsache festgestellt, daß in den Vereinigten Staaten die staatlichen Betriebe, Arsenalen und Schiffsbauwerken größere Erfolge erzielen als die Privatindustrie. Die von den Staatsbetrieben hergestellten Waren kosteten 32 Proz. weniger als in der privaten Industrie. Während die Leistungsfähigkeit der privaten Industrie in den erwähnten Industriezweigen 71 Proz. betrug, konnten die Staatsbetriebe 81 bis 84 Prozent ihrer Produktionsfähigkeit ausnützen bzw. waren in letzteren die Produktionsergebnisse um so viel günstiger als bei den Privatunternehmungen. Der Grund für diesen vorübergehenden Unterschied ist, daß die staatlichen Betriebe die Grundzüge, die von der Kommission zur Bekämpfung der industriellen Vergeudung in der Maschinenindustrie ausgearbeitet wurden, angenommen und angewendet haben. Es zeigt sich hier die außerordentlich große Rolle der Vergeudung bei dem Erfolg bzw. Mißerfolg der Produktion. — Zur Geschichte gehört noch, daß die Privatindustrie, um einen gefährlichen Konkurrenten loszuwerden, kraft ihrer politischen Macht die Sperrung dieser Betriebe zu erreichen wußte. Der Maschinenverband, diesmal unterstützt vom staatlichen Arbeitsamt, bewies, daß die Eröffnung dieser Betriebe dem Staat selbst bei höheren Löhnen als in der Privatindustrie, Ersparnisse von jährlich hundert Millionen Dollar ermöglichen und außerdem die Arbeitslosigkeit in diesen Produktionszweigen aufheben würde. Mehr als 100 000 Arbeiter könnten hier Beschäftigung finden.

Die Vorschläge des Arbeitsamts für die Wiedereröffnung der Staatsbetriebe, welche als erste gegen die Vergeudung anzupflanzen, liegen gegenwärtig dem amerikanischen Kongreß vor.

#### Die Weltferne.

Die Ernte dieses Jahres wird, wie es scheint, in Europa ungünstiger, in den außereuropäischen Ländern günstiger als im vorigen Jahre ausfallen. Weizen und Roggen zeigen für Frankreich und Italien eine Senkung der Ernte um ein Sechstel bis ein Fünftel, in Deutschland sogar um ein Drittel gegenüber dem Vorjahre. Besser ist es um Gerste, Hafer und Kartoffeln bestellt. Die Ergebnisse der russischen Ernte sind schlechter als erwartet wurde: statt der 46½ Millionen Tonnen Getreide, auf die man die Ernte geschätzt hatte, werden sich nach den letzten Angaben der russischen Statistik kaum mehr als 32 Millionen ergeben, so daß die Hilfe von außen immer noch notwendig bleiben wird. Unter normalen internationalen Verhältnissen könnte freilich der europäische Bedarf aus den Ueberflüssen der übrigen Welt gadeckt werden: im Weltdurchschnitt liegt die Weizen- und Roggenerte nicht unter der des Vorjahres, Gerste und Hafer ist noch etwas reichlicher (um 3 bis 10 Proz.), und die asiatische Reisernte wird die Rekordergebnisse von 1921 weit überschreiten. Doch ist Europa zu arm, um mit seinen Vires, Kronen und Rubeln sich die kanadischen und indischen Ueberflüsse in genügendem Maße zu kaufen. Aber auch außerhalb Europas ist die Freude an der reichen Ernte durch so manches vereitelt. Den kanadischen Farmern droht ein Sinken der Getreidepreise, welches die Hypothekenbanken schon jetzt veranlaßt, die Kredite zu kündigen, so daß der Staat die Erklärung eines Moratoriums (zwangsweise Kreditverlängerung) in Erwägung zieht, um einem Rückgang der Anbaufläche im nächsten Jahre vorzubeugen: der Staat sucht ferner dadurch einzugreifen, daß er die Getreidehändler durch eigenes Auftreten auf dem Markte ausschaltet und den eigenen Handelsgewinn der Allgemeinheit (Steuerherabsetzung) zuflecken läßt; doch sind die Landwirte mit den vom Staate angebotenen Preisen nicht einverstanden und drohen mit einer weiteren Einschränkung der Anbaufläche.

#### Hoffnung.

Wie plötzlich doch bedeckt mit Eis  
So Strauch und Bäume stehn!  
Auf letztem Grün das erste Weiß —  
Wie traurig ist's zu sehn!

Was bangst du, Herz? Sei stolz und lähn  
Und den! wenn Floden wehn!  
Auf letztem Weiß das erste Grün —  
Wie lieblich wird das stehn!

Caesar Fleischlen.

#### Berichte aus Fachkreisen.

Dresden. Im Betriebe der Firma Dresdner Gardinen- und Spitzen-Manufaktur A.-G. wurde im Frühjahr 1922 eine Volkswaise nach zweijähriger Beschäftigung krank. Die Krankheit währte vier Wochen. Während der Krankheit wird ihr gekündigt. Sie bietet sich wieder zur Arbeit an, wird aber kalt abgewiesen. Der Einspruch des Arbeiterrates bei dem Generaldirektor der Firma nützt nichts. Die Klage beim Gewerbegericht und Schlichtungsausschuß macht sich notwendig. Beide Instanzen entscheiden, daß die Firma nicht im Rechte ist, aber der Vorsitzende der Rotgemeinschaft bleibt kalt. Er zahlte dem Mädchen

lieber die Entschädigung, als daß er es wieder einstellte. — In dem Betriebe gibt es einen Arbeitsinvaliden. Dieser mußte sich mehrere Male schon an die Angestellten und Arbeiter des Betriebes wenden, ihn finanziell zu unterstützen, da es ihm unmöglich sei, mit der ihm von der Firma gezahlten Gabe von 100 Mk. pro Monat auszukommen. — Vor nicht gar langer Zeit wurde hier in Dresden eine Rotgemeinschaft gegründet, deren paritätischer Vorsitzender Herr Geheimrat Marwick, der Generaldirektor der obigen Firma ist. Schade, daß diese Rotgemeinschaft in solchen Fällen wohl nicht eingreifen kann, sonst wäre es Herrn Geheimrat Marwick wohl leicht, solche Räte von Arbeitern zu lindern, die in dem Betriebe beschäftigt sind, dem er als Generaldirektor vorsteht.

Stettin. In der am 14. Dezember abgehaltenen Generalversammlung erstattete zunächst Kollege Laucré Bericht über die Lohnverhandlungen in der Defatur, Seilere und Wäscherei. Dann gab er den Jahresbericht und zeigte durch Zahlenmaterial, wie trotz erhöhter Löhne die Verelendung der Arbeiter um sich greift. Er erwähnte die Ungerechtigkeit der Lohnsteuer gegenüber der Einkommensteuer der Kapitalisten und ermahnte zum Schluß, auch im nächsten Jahre alles daranzusetzen die elende Lage der Arbeiterschaft zu bessern. Mehr interne Angelegenheiten beschloffen die Versammlung.

### Das neue Jahr.

Die Zeit nun wiederum gebart  
Aus ihrem weiten Schoß  
Schmerzlos ein weites neues Jahr,  
Wie Menschlein nackt und bloß.

Es sieht nicht wie ein Wunderkind —  
Wie alle sieht es aus,  
Die Kinder schwerer Zeiten sind  
Und tragen Not ins Haus.

Was aus ihm schließlich werden kann,  
Das hängt von uns viel ab:  
Es wird zu einem tüchtigen Mann,  
Wenn man ihm Pflege gab.

Was es uns bringt, bestimmt sich viel  
Durch uns're eigene Macht;  
Im Auge setz nur unser Ziel,  
Wird hell die trübste Nacht.

Nichts selber tut etwa die Zeit —  
Uns obliegt alle Tat,  
Und was die Zeit uns scheinbar weicht —  
Von uns kommt's nur im Staat.

Drum hofft nicht nur von der Zeit,  
Daß es euch besser geh';  
Ihr müßt durch eigene Tätigkeit  
Euch lindern Schmerz und Weh.

Nacht ihr die Zeit so für euch aus,  
Dann bringt sie Besserung  
Und Freud' und Glück in jedes Haus,  
Im Unglück Linderung.

W.

### Briefkasten.

Nach Nordlingen. Auf Grund des uns telegraphisch gemeldeten Todes des Kollegen Füllmann brachten wir aus freien Stücken einen Nachruf in Nr. 47. Später erhielten wir einen solchen von Euch. Wir nahmen an, Ihr hättet unseren Nachruf noch nicht in der Hand, als Ihr den Euren absandtet, und Ihr wäret selber der Ansicht, daß ein Nachruf genüge. Deshalb unterblieb der Abdruck des zweiten Nachrufs.

### Warnung!

Vom schweizerischen Textilarbeiterverband erhielten wir folgende Mitteilung:  
„Aus unserer Unterstützungskontrolle können wir ersehen, daß Charles Wany, geboren zu Kolmar, Mitglied des Deutschen Textilarbeiterverbandes, und seine Frau, Regina Wany, gebürtig von Straßburg, im Besitze von je zwei Verbandsmitgliedsbüchern sind. Sie haben in verschiedenen Sektionen unseres Verbandes die Reiseunterstützung bezogen, und zwar haben sie dadurch, daß sie jeweils ein anderes Mitgliedsbüchlein vorwiesen, den statutarischen Unterstützungsbetrag mehrmals beziehen können.  
Wir teilen Euch dies lediglich zu dem Zwecke mit, daß nicht auch Eure Sektionen betrogen werden.  
Charles Wany hat ein Mitgliedsbuch Nr. 376 801 und 406 846, und Regina Wany ist im Besitze zweier Mitgliedsbücher mit der Nr. 376 800 und 682 854.“  
Wir machen unsere Ortsverwaltungen auf dieses Doppelmitgliedshepaar aufmerksam und ersuchen die ihnen geeignet erscheinenden Maßnahmen gegen sie zu ergreifen, um sie von der Doppelmitgliedschaft zu befreien. Das beste würde sein, ihnen allen beiden sämtliche Mitgliedsbücher zu entziehen und ihnen die Unterstützung zu verweigern, bis die zweifelhafteste Ursache ihrer Doppelmitgliedschaft zu ihren Gunsten aufgeklärt sein wird.

### Bekanntmachungen.

#### Vorstand.

Sonntag, den 7. Januar, ist der 1. Wochenbeitrag fällig.

Lauf Befehl der Generalversammlung ist ein Stundenlohn als Verbandsbeitrag abzuführen.

#### Abwesenänderungen.

Gau Cassel. Osterode a. S.  
V: Karl Eichhorn, Obere Neustadt 9.

#### Totenliste.

Gestorbene Mitglieder.  
Allborsdorf. Paul Wagenknecht;  
Selma Hähnel.

Augsburg. Anton Greißl.  
Bretznig. Digo Grundmann.  
Breslau. Marie Metz.

Delmshorst. Elisabeth Zwider;  
Wilhelm zur Mühlen.

Gelenau. Hermann Burthardt;  
Drebach; Arno Pilz, Venusberg;  
Oskar Köhler, Christian Reißig, Gelenau; Friedr. Ernst

Weißbach, Auerbach i. Erzgeb.;  
Emma Behold, Thum.

Görsch. Marie Müller.  
Großhain. Anna Maas; Rich. Schneider.

Gummersbach. Hertha König;  
Wilhelm Köckel; Bertha Clemenz.

Neumünster. Wilhelm Bruhn.  
Plauen i. Erzg. Marie Walther;  
Arno Schmidt; Babette Pinkes;  
Auguste Unger; Hugo Boigt.

Reichenbach i. B. Friedr. Zeißler.  
Sebnitz. Friedrich Wehner; Jof. Hampel.

Seidenberg. Josef Tschiedel.  
Thalheim i. Erzg. Drehsel, Selma Jülicherath, Emma Pfatsched; Henriette Schmidt.

Ehre ihrem Andenken!

Redaktionschluss für die nächste Nummer Freitag, 5. Januar

Verlag: Karl Hübsch in Berlin, Magazinstraße 6-7. — Verantwortlich für alle selbständigen Artikel Hugo Pfeffel in Berlin, für alles andere Paul Wagener in Berlin. — Druck: Bismarck-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin.

Als Wochenbeitrag muß ein Stundenverdienst an die Verbandskasse abgeführt werden!